

POSITIONSPAPIER

Germanwatch-Vorschlag für eine Neue Agrarpolitik der EU

Transparenz für Verbraucher*innen und Steuerzahlende

Rund 65 Prozent der Europäer*innen wollen laut repräsentativen Umfragen von Eurobarometer die Agrarpolitik der Europäischen Union (EU) in Brüssel verwaltet sehen – ein klarer, pro-europäischer Auftrag. Allerdings fordern die Bürger eine radikale Wende hin zu neuen Inhalten: Klima- und Tierschutz sollen künftig mit Hilfe der EU-Agrarpolitik gesichert werden. Nach der Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Lebensmitteln, gilt der Tierschutz als zweitwichtigste Aufgabe der Landwirtschaft. Auch die Einkommenssicherung in ländlichen Regionen steht hoch im Kurs. Sollen Umwelt, Tierschutz und soziale Gerechtigkeit künftig Priorität erhalten, muss die Agrarpolitik tiefgreifend reformiert werden. Vom EU-Agrarhaushalt, der mit knapp 60 Milliarden Euro pro Jahr ausgestattet ist, profitieren bisher vor allem Großgrundbesitzer und Industrieunternehmen. Rechnerisch zahlt jede erwerbstätige Person in Deutschland im Schnitt mehr als 100 Euro pro Jahr für die EU-Agrarpolitik.

Reformforderungen von Zivilgesellschaft und von Wissenschaftler*innen getragen

EU-Agrarkommissar Phil Hogan will 2018 Vorschläge vorlegen, wie die Agrarpolitik in den Jahren 2021 bis 2028 aussehen soll. Bauern-, Umwelt- und Verbraucherorganisationen fordern grundlegende Reformen. So demonstrierten in Berlin im Januar 2017 mehr als 18.000 Menschen dafür, anstatt Millionensubventionen an Großbetriebe, Schlachthöfe und Milchkonzerne zu geben, Anreize zu schaffen, damit (Jung-) Bauer*innen im Zuge der Erzeugung gesunder Lebensmittel auch Leistungen für Gemeingüter wie Klima-, Umwelt- und Tierschutz erbringen¹.

Um diese Forderungen zu konkretisieren, legt Germanwatch ein Modell für eine Neue Agrarpolitik vor. Im Zentrum stehen dabei Transparenz sowie Klima- und Tierschutz als Voraussetzungen für gesellschaftliche Akzeptanz. Konkret sollen künftig wie bei der Eierkennzeichnung alle Lebensmittel EU-weit einheitlich in die Kategorien 0,1,2,3 eingeteilt und gekennzeichnet werden. Die Ziffer 0 entspricht den Anforderungen des EU-Ökolandbaus. Die Ziffern 1 und 2 kennzeichnen Produkte von Bauernhöfen mit geringerem Pestizideinsatz, tierfreundlicher Weidehaltung, mehr Platz je Tier im Stall und wenig Antibiotikabedarf. Die Ziffer 3 zeigt an, dass ein Produkt von Agrarbetrieben stammt, die lediglich gesetzliche Mindestanforderungen eingehalten haben. Ein Kürzel für die regionale Herkunft findet sich neben dem Code – genau wie heute schon beim Ei.

So können Konsument*innen am Verkaufsregal die aus ihrer Sicht "besten Bauern" und regionale Lebensmittel erkennen und zu deren Wertschöpfung beitragen. Diese Kennzeichnungspflicht ermöglicht auch, Produkte aus industrieller Tierhaltung und pestizidintensiver Erzeugung (Ziffer 3) bewusst zu meiden. Zugleich muss die Agrarförderung konsequent an die öffentlichen Leistung der Betriebe gekoppelt werden und ist damit transparent im Zahlencode 0,1,2,3 auf den Produkten abgebildet.

Perspektivisch wird die Förderung für Betriebe mit niedrigen Standards reduziert, und läuft schließlich ganz aus. Gleichzeitig werden Betrieben zuverlässig Anreize geboten, wenn sie ihr Erzeugungssystem auf

¹ www.wir-haben-es-satt.de/start/presse/pressemitteilungen; www.wir-haben-es-satt.de/start/presse/pressepiegel

eine höhere Stufe weiterentwickeln und halten wollen, zum Beispiel von Stufe 3 mit industrieller Schweinehaltung etwa auf Stufe 2 mit weniger Tieren und ohne Gentechnik.

Schematische Darstellung des Germanwatch-Vorschlags für eine Neue Agrarpolitik, 2017

Germanwatch - Modell für Agrarreform			
Transparenz am Einkaufsregal: Öffentliche Gelder nur für öffentliche Leistungen <u>Leistungsgrad kennzeichnen</u>			
<u>Produkt-kennzeichnung</u>	<u>Tierische Lebensmittel</u>	<u>Pflanzliche Lebensmittel</u>	<u>Früher Agrarsubventionen...</u> <u>Künftig: Leistungs-Prämien für Agenda 2030</u>
Beispiel: Herkunfts-region Bayern			Umsetzung 2028 mit Obergrenze ca. 300.000 Euro/ Empfänger und Jahr
BY- 0	0 = EU-Ökoverordnung + 10 % Artenschutzfläche		+++
BY- 1	PRÄMIUMSTUFE www.tierschutzlabel.info Neuland-RL, Keine Gentechnik im Futter	z. B. Verzicht auf Glyphosat und Neonicotinoide, 10 % Artenschutzfläche, hohe Punktzahl oder oberer Bereich im Stufenmodell vgl. AbL-, DVL-, Nabu-Vorschläge	++
BY- 2	EINSTIEGSSTUFE www.tierschutzlabel.info Keine Gentechnik im Futter	z. B. Fruchtfolge mit 3 Gliedern und Humuswachstum, u. a.; weniger Pestizide als gesetzl. Mindeststandard; geringe Punktzahl/ unterer Bereich im Stufenmodell vgl. AbL-, DVL-, Nabu-Vorschläge	+
BY- 3	Gesetzlicher Mindeststandard		0

+++ hohe Leistungsprämie; ++ mittlere Leistungsprämie; + geringe Leistungsprämie; 0= keine Prämie

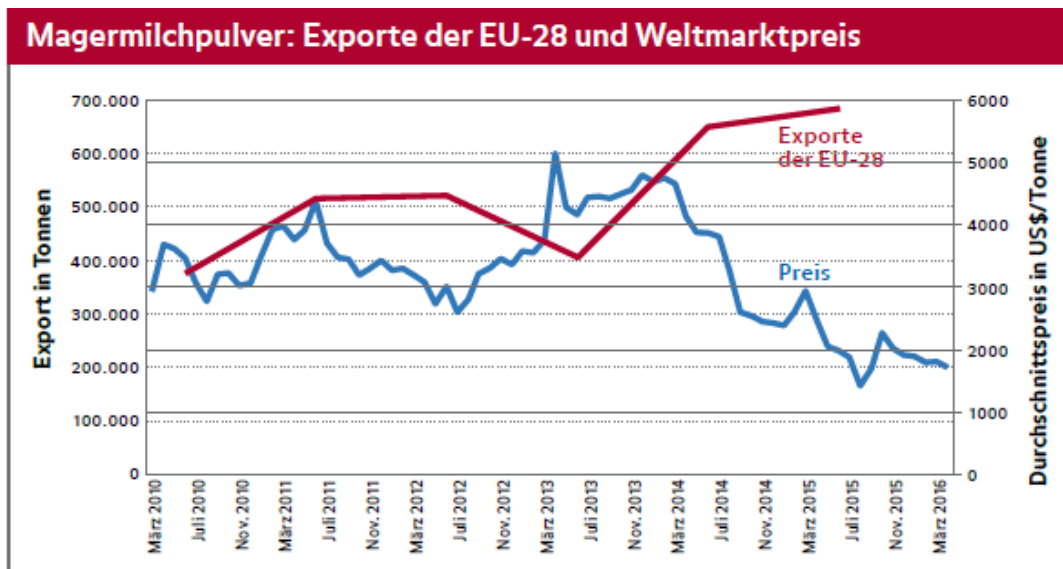
Kennzeichnungspflicht hat Berge am Markt versetzt

Die Eierkennzeichnung mit dem Code ermöglichte Verbrauchern Tierschutz von Tierleid zu unterscheiden und steigerte den Marktanteil von Eiern aus alternativen Haltungen, die über den gesetzlichen Mindeststandard hinausgehen (Kennzeichnungscode 0,1,2) auf 99 Prozent 2015. Bei verarbeiteten Lebensmitteln fehlt bisher die Kennzeichnungspflicht. Eier aus Käfighaltung werden somit weiterhin versteckt verkauft in Nudeln, Gebäck oder als gefärbte Ostereier. Nur wenn das Erfolgsmodell der Pflicht zur Eierkennzeichnung auf alle Lebensmittel übertragen wird, kann das wachsende Interesse der Verbraucher*innen nach Lebensmitteln mit höheren Qualitäten gezielt in effektive Nachfrage umgesetzt werden.

Ergänzend gilt es EU-weit im Zuge der oben beschriebenen Reform das Ordnungsrecht im Tier- und Umweltschutz deutlich anzuheben und den Vollzug sicher zu stellen. Konkret müssen geltende EU-Standards ohne Ausnahme umgesetzt und durch neue Bodenschutzregeln die Klimaziele von Paris agrarpolitisch verankert werden. Landwirt*innen, die ihre Erzeugung an die kommenden höheren gesetzlichen Anforderungen anpassen wollen, gilt es frühzeitig auszubilden, zu beraten und zu fördern.

Weiter wie bisher ist keine Option. Wertschöpfung statt Wachstum!

Eine Neuverteilung der Agrargelder für Tierschutz- und Umweltsleistungen fordern auch Wissenschaftliche Beiräte der Bundesregierung². Die von der EU gewollten steigenden Exportmengen bei Milch und Fleisch führen zu sinkenden Weltmarktpreisen, die auch die Rohstoffpreise innerhalb Deutschlands und der EU bestimmen. Diese seit Jahren sehr niedrigen Erzeugerpreise können die Kosten für eine gesellschaftlich verantwortliche Erzeugung nicht decken. Von dieser Exportpolitik profitieren Molkereien und Schlachthöfe. Solange Übermengen am Markt sind, können die verarbeitenden Unternehmen die Erzeugerpreise drücken und auf deren Kosten exportieren. Die Landwirt*innen sind hingegen Verlierer des Preiskampfs; das zeigt der dramatische Rückgang der Zahl der Schweine- und Milchviehbetriebe in den letzten Jahren.



Stark steigende EU-Milchpulverexporte gehen mit sinkenden Milchpreisen weltweit einher³

UN-Ziel 2030: Beendigung von Hunger und Armut erfordert Reform der EU-Agrarpolitik

Ziel von Germanwatch ist, die landwirtschaftliche Erzeugung in der EU auf ein Niveau zu bringen, das sich an der Selbstversorgung der Bevölkerung orientiert, die Ökosysteme nicht überlastet und eine tiergerechtere Haltung etabliert. Zugleich gilt es den Konsum tierischer Lebensmittel auf ein gesundes und klimagerechtes Maß zu senken.⁴ Auf diese Weise würde der Umfang der Flächen in Ländern des Südens deutlich reduziert, der derzeit vor allem für EU-Futterimporte beansprucht wird. EU-Überschüsse und damit Exporte zu niedrigen Preisen auf die Märkte von Kleinbauern im globalen Süden würden gebremst.

Die kommende EU-Agrarreform muss die globale Flächenkonkurrenz reduzieren, die zwischen Grundnahrungsmitteln, Futtermitteln und Agrartreibstoffen sowie pflanzlichen Industrierohstoffen aufgebaut wurde und eine wachsende Bedrohung der globalen Ernährungssicherung darstellt. EU-Exporte von Spezialität-

² www.bmel.de/DE/Ministerium/Organisation/Beiraete/_Texte/AgrVeroeffentlichungen.html;
www.bundesumweltportal.de/berlin/6-berlin/hendricks-stellt-neues-foerdermodell-fuer-die-landwirtschaft-zur-diskussion-bmub-kongress-diskutiert-ueber-zukunft-der-landwirtschaft.html

³ www.germanwatch.org/de/12456

⁴ In Deutschland bedeutet dies statistisch etwa eine Halbierung des Konsums tierischer Kalorien.
 Vgl. www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/20170105_agrarwende_2050_lf.pdf

ten wie hochwertigem Käse, Wein oder Bergkräuterprodukten zu Preisen, die eine sozial- und umweltverträgliche Erzeugung erlauben, werden weiterhin in überschaubarem Umfang stattfinden.

Vertrauen in die EU wieder stärken – gesellschaftlich akzeptierte, zukunftsfähige Wege der Landwirtschaft sichern

Europa befindet sich in einer Vertrauenskrise. Eine glaubwürdige Veränderung der Agrarpolitik als Politikfeld in dem die EU die größten Kompetenzen hat, und die Forderungen und Präferenzen einer Mehrheit der Bevölkerung aufgreift, kann ein wichtiger Schritt sein, Vertrauen zurückzugewinnen. Der Germanwatch-Vorschlag für eine Neue Agrarpolitik EU soll dazu beitragen.

Profitieren würden die Verbraucher*innen weil sie mehr Transparenz und Sicherheit erhalten, wie und wo ihre Lebensmittel hergestellt werden. Das ermöglicht es, gezielt regionale Bauernhöfe mit mehr Tierschutz und weniger Pestiziden zu stärken und positive Impulse für regionale, handwerkliche Verarbeitung und Vermarktung zu setzen. Auch Agrarbetriebe profitieren, weil die Regionalkennzeichnung die Austauschbarkeit von Lieferanten stark einschränkt. Lebensmittel aus der Region gelten als „Megatrend“ unter den Verbrauchertrends. Eine verlässlich kontrollierte, staatliche Kennzeichnungspflicht bildet jedoch erst die Voraussetzung dafür, dass ländliche Regionen daraus auch tatsächlich einen Mehrwert ziehen können. Die Berliner Kundschaft könnte dann zum Beispiel Supermärkte darin vergleichen, in welchem Umfang sie Waren mit Regionalkennzeichnung Brandenburg anbieten – am besten natürlich mit der Kennziffer 1 für Tiere in artgerechter und auch für Touristen attraktiver Weidehaltung oder Brot aus Getreideanbau ohne Glyphosat.

Die bisherige intransparente Agrarpolitik nährt europaskeptische Stimmen. Schon deshalb ist eine gerechte, grüne und tierfreundliche Agrarreform das Gebot der Stunde.

AutorInnen: Reinhild Benning und Tobias Reichert

Redaktion: Hanna Fuhrmann

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter: www.germanwatch.org/de/14192

24.07.2017

Herausgeber: Germanwatch e.V.

Büro Bonn

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19

Internet: www.germanwatch.org

Büro Berlin

Stresemannstr. 72

D-10963 Berlin

Tel. +49 (0)30 / 2888 356-0, Fax -1

E-Mail: info@germanwatch.org